

Aufgelesen: Die Zeitschriftenschau im Januar 2022

Liebhart, Wibke

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Liebhart, W. (2022). Aufgelesen: Die Zeitschriftenschau im Januar 2022. *Soziopolis: Gesellschaft beobachten*. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-78916-4>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Wibke Liebhart | Zeitschriftenschau | 31.01.2022

Aufgelesen

Die Zeitschriftenschau im Januar 2022

Das Kofferwort „Nostalgie“ erfand der Arzt Johannes Hofer in seiner medizinischen Dissertation 1688 als Bezeichnung für pathologisches Heimweh – der Neologismus setzt sich zusammen aus den altgriechischen Wörtern *nostos* (Heim) und *algos* (Schmerz). Längst ist er vom medizinischen in den allgemeinen Sprachgebrauch diffundiert, Nostalgie gilt längst nicht mehr als Krankheit, sondern ist vielmehr zum Kampfbegriff geworden. Grund genug, sich der Nostalgie als „modernes Unbehagen“ in einer eigenen Ausgabe der [Zeithistorischen Forschungen](#) anzunähern, finden die Heftherausgeber:innen Tobias Becker und Sabine Stach.

Für den Historiker Martin Sabrow entfaltet [„Nostalgie als historisches Zeit-Wort“](#) erst dann sein analytisches Potenzial, wenn man es als Quellenbegriff begreift und benutzt. Das Kunstwort habe über die Jahrhunderte hinweg seinen Bedeutungsgehalt verändert, die begrifflichen Verschiebungen könnten uns Aufschluss geben über „die innere Verfassung und den historischen Wandel des Umgangs mit der Vergangenheit im 20. und 21. Jahrhundert“ (S. 143). Worin besteht der angezeigte Unterschied?

Sabrow identifiziert ein neues Geschichtsbewusstsein, das von der Vergangenheit hören, von ihr erfahren, ihr begegnen will, ohne sich ebendiese Vergangenheit zurückzuwünschen. Mit dieser neuen „Last und Lust der Vergangenheit“ (S. 146) erklärt er den *memory boom*, also das gewachsene Geschichtsinteresse der letzten Jahrzehnte. Es sei „ein fachlich definierter Nostalgiebegriff vonnöten“ (S. 147), denn nur ein solcher könne unterscheiden zwischen einem Zugriff auf Vergangenheit, bei dem der kulturelle Erinnerungswert im Vordergrund stünde, und einem – nicht nur, aber häufig von rechts propagierten – Verständnis, bei dem die Restitution der Vergangenheit das politische Handlungsziel darstelle. Die Differenzierung ist nicht zuletzt für die Debatten um den Umgang mit historischen Zeugnissen und geschichtlich bedeutsamen Orten wichtig, weil Architektur weder per se demokratisch noch faschistisch ist. Ob Räume „rechts“ sind, bestimmen „in erster Linie das Denken und Handeln derjenigen, die diese Räume annehmen oder ablehnen und ihnen als Bewohner, Besucher und Betrachter ein Gepräge geben“ (S. 149).¹

[„Im Osten geht die Sonne auf“](#) heißt der Aufsatz, in dem sich der Kultursoziologe Alexander Leistner und die Kultursoziologin Julia Böcker mit (neu-)rechten Strömungen beschäftigen, die vor allem im Osten Deutschlands (n)ostalgische Vergangenheitsbezüge in Anschlag bringen, um einen neuerlichen Systemumsturz zu forcieren. Der Ausdruck „Ostalgie“ wertete ursprünglich eine popkulturelle Nostalgiewelle ab, die sich vornehmlich auf Produkte, kulturelle Erzeugnisse etc. aus der DDR und nicht auf den Systemwechsel bezog. Der extremen Rechten gelingt es allerdings, „die Alltagserfahrung der DDR, aber auch die Umsturzerfahrung von 1989 positiv zu besetzen und miteinander zu verknüpfen“ (S. 133). „Vollende die Wende“, heißt es in der Rhetorik der AfD.

Zunächst diagnostizieren Leistner und Böcker jedoch gewisse soziologische Berührungspunkte mit dem Begriff „Nostalgie“, die sie vor allem mit dessen pathologischem Erbe erklären. Trotz der betonten Randständigkeit des Konzepts machen die Autor:innen immerhin vier Diskurse aus, in denen es (dann doch) eine Rolle zu spielen scheint: in der Zeitdiagnostik, im (Kultur-)Kampf, in der soziologischen Analyse und zur Erklärung von Rechtspopulismus. Ähnlich wie Sabrow verweisen Leistner und Böcker auf den Unterschied zwischen reflexiver und restaurativer Nostalgie: Während erstere „die Vergangenheit mit Blick auf die Gegenwart produktiv“ zu machen suche, sei letztere nichts anderes als die „Sehnsucht oder Bemühung, die Vergangenheit wiederherzustellen“ (S. 136).

Aber zurück zum Rechtspopulismus in Ostdeutschland: Zu dessen Erklärung sei das Konzept „Nostalgie“ nicht geeignet, auch wenn es häufig dafür bemüht werde. Denn es reproduziere gängige Narrative und festgetretene Fremd- und Selbstbilder, ohne das wirklich Fragwürdige in den Blick zu bekommen: Warum ist „der Osten ein gegenwärtiger Sehnsuchtsort der extremen Rechten geworden“ (S. 138)? Im dortigen Erfolg der AfD zeigt sich nach Meinung der Autor:innen „kein rückwärtsgewandtes Aufbäumen gegen die Zumutungen der Gegenwart, sondern der Konflikt um gesellschaftliche Ordnungsmodelle und Vorstellungen legitimierter Kollektivität“ (ebd.). Diese Aushandlung ist mit dem Wort „Nostalgie“ weder zu beschreiben noch zu analysieren, hier sind sich Leistner und Böcker mit Sabrow einig: Die vormalige Krankheitsbezeichnung eignet sich in diesem Fall nicht als Forschungsbegriff.

Ambivalenter Alltag

Wahrscheinlich wäre die Gegenwart – nicht nur in Ostdeutschland – besser zu verstehen, fragte man genauer nach dem Alltag als „politischem Kampfplatz“. An diese Formulierung

Frigga Haugs schließt die Politikwissenschaftlerin Brigitte Bargetz in ihrem Aufsatz [„Das Politische alltagstheoretisch denken“](#) an, der in den [Widersprüchen vom Dezember 2021](#) erschienen ist. Bargetz will ihren Untersuchungsgegenstand – den Alltag – nicht als Phänomen, sondern als „Denkfigur“ (S. 32) verstanden wissen.²

Wir verbinden Alltag in der Regel mit Langeweile, Gleichförmigkeit, Verpflichtungen; von wegen, betont Bargetz und fordert, Alltag „sowohl als *Instrument* als auch als *Ziel*“ (S. 39) von Gesellschaftskritik zu verstehen. Denn im Alltag zeige sich die Gesellschaft, in dem Sinne, dass sie erkennbar und veränderbar werde. Durch instrumentelle Veränderungen des Alltags ließen sich demnach die gesellschaftlichen Verhältnisse umgestalten; im Umkehrschluss müsse, wer die gesellschaftlichen Bedingungen dauerhaft modifizieren wolle, auch auf die alltäglichen Strukturen abzielen. Bargetz stützt sich in ihren Ausführungen vor allem auf Henri Lefebvre, der Alltag – in Anlehnung an Marx und Engels³ – zum dezidierten Gegenstand seiner Analysen machte: „Die Alltäglichkeit erforschen heißt, ihre Konfusionen zutage fördern und zur Sprache bringen; es heißt, ihre latenten Konflikte aus der Latenz hervortreiben, mithin explodieren lassen.“⁴

Brigitte Bargetz arbeitet die Janusköpfigkeit des Alltags heraus. Gerade wegen seines repetitiven Charakters können Politik und Ökonomie im Alltag ihre bürokratischen und kapitalistischen Zugriffsmodi installieren, um die Einzelnen als Gesellschaft zu verwalten. Denn das Immergleiche des Alltags, das sprichwörtlich täglich grüßende Murmeltier, lasse sich besonders gut programmieren, strukturieren, funktionalisieren, kurz: regieren. Herrschaft übt sich also in und durch Alltäglichkeit aus.

Aber aufgrund seiner wiederkehrenden Struktur erweist sich das Alltagsleben auch als träge, geradezu zäh. Es verändert sich nur sehr langsam und ist damit so widerständig wie eigensinnig. Darüber hinaus sorgt die Vorhersehbarkeit des Alltags auch für jenes Ensemble aus Gewissheit und Sicherheit, das für viele Menschen die Grundvoraussetzung jeglichen Handelns ist. Unter ressourcenökonomischen Aspekten schaffen die alltäglichen Routinen – wohlgemerkt potenziell und unter bestimmten Umständen – sogar Kapazitäten für Emanzipation und Protest. „Das Alltagsleben steht hier nämlich nicht außerhalb gesellschaftlicher Verhältnisse, sondern bringt diese auch mit hervor; zugleich ist der Alltag nicht nur von Macht und Herrschaft durchdrungen, sondern birgt auch die Möglichkeit seiner Veränderung.“ (S. 36)

Im Anschluss an Lefebvre versteht Bargetz nicht nur seine Funktion, sondern auch den Alltag selbst als ambivalent. Das Individuum wird sich im Alltag immer wieder inneren und

äußeren Konflikten bewusst – zwischen seinen eigenen Interessen oder Gefühlen, aber auch zwischen Repräsentationen oder Personen – und muss sich folglich entscheiden. In den so definierten Ambivalenzen des Alltags äußern sich nicht zuletzt gesellschaftliche Widersprüche, Konflikte und Risiken. Daraus folgt für die Autorin, dass wir den Alltag zum einen praxis- und affekttheoretisch, zum anderen historisch-materialistisch und zum dritten macht- und herrschaftskritisch untersuchen müssen. Alltäglichkeit ist banal, repetitiv, emanzipativ, fremdbestimmt, ambivalent, widerständig und eigensinnig – jedem dieser Aspekte will Bargetz mit ihrer kritischen politischen Theorie des Alltags Rechnung tragen.

Nach dem Rückzug

Gut fünf Monate ist es her, dass die USA ihre Soldat:innen aus Afghanistan abgezogen haben und auch die internationalen Truppen das inzwischen von den Taliban zurückeroberte Land verließen. Zwei soziologisch grundierte Magazinbeiträge werfen einen Blick auf die Ereignisse im und die Entwicklungen rund um das Land. Dabei lässt sich eine Parallele erkennen zwischen Juliana Tappe Ortiz' Beitrag in der Januar-März-Ausgabe der [Katapult](#) und den Schilderungen von Alfred Hackensberger im [Dezember-Heft des Kursbuchs](#). Beiden geht es um strategische Koalitionen und unheilige Allianzen.

Mit „Koalitionen“ ist das gesamte Kursbuch Nr. 208 überschrieben, Hackensberger will die internationale „Doppeldeutigkeit, Doppelmoral und Doppelspiele in Afghanistan“ (S. 39) aufzeigen. Hierfür schlägt der studierte Soziologe, der mittlerweile als Redakteur bei der *Welt* arbeitet, einen erzählerischen Bogen vom Treffen der US-Regierung mit Vertretern der Taliban 2019 (also noch unter Donald Trump) in Doha bis zur Situation in Afghanistan im Spätherbst 2021, nachdem die USA und Deutschland zahlreiche sogenannte Ortskräfte schutzlos zurückgelassen hatten. Unter dem Titel „Neulich in Taliban“ schildert Hackensberger Eindrücke von einer Reise durch das Land, die er nach dem Abzug der internationalen Truppen unternahm, um eine TV-Dokumentation zu produzieren.

Nachdem USA und NATO nach den Anschlägen vom 11. September 2001 die Taliban aus Afghanistan vertrieben hatten, saßen sie knapp zwanzig Jahre später mit deren Anführern – von denen die meisten damals nach Pakistan geflohen waren – am Verhandlungstisch. In der Zwischenzeit war mit dem sogenannten Islamischen Staat ein neuer Akteur des internationalen Terrors auf den Plan getreten, den nun die Taliban bekämpfen sollten. Im Gegenzug überließ man ihnen, so Hackensbergers Zusammenfassung, die Macht in und über Afghanistan: „Die USA machten eine islamistische Terrororganisation zu einem

strategischen Partner, der eine rivalisierende Terrorgruppe, nämlich den IS, bekämpfen soll und dafür ein Land mit 39 Millionen Menschen erhält.“ (S. 42) Unter welchen Bedingungen und mit welchen Folgen ist seit August 2021 bekannt.

Der Journalist beschreibt das Gebaren der Taliban, die Lebensbedingungen der Menschen in Afghanistan, die Gefahr, in der die ehemaligen Ortskräfte nun leben. Hackensbergers Reisebericht ergänzt das Schreckensbild, das viele Reportagen und Berichte jüngst gezeichnet haben. Worauf er mit seinen Schilderungen hinauswill, lässt sich so zusammenfassen: Internationale Politik sei moralisch flexibel, politische Interessen seien volatil. Deshalb gehe es, so der Autor, immer nur vordergründig um Menschlichkeit oder Demokratie, das eigentlich Wichtige aber sei, die richtigen Partner zur Durchsetzung der eigenen Interessen zu finden und mit ihnen zu koalieren.

Auch die Sozialwissenschaftlerin Juliana Tappe Ortiz untersucht Koalitionen zwischen Regierungsvertreter:innen und Rebellen. Sie promoviert am Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien und präsentiert unter dem Oxymoron „Friedliche Militärs“ (S. 36) erste Ergebnisse ihrer umfangreichen quantitativen Studie zum „Impact of Political Leaders on Peace Processes“. Darin fragt Tappe Ortiz, welche Faktoren welche Auswirkungen auf Kriegsverläufe und Friedensverhandlungen haben. Sie konzentriert sich auf innerstaatliche Konflikte – also zwischen organisierten Gruppen innerhalb desselben Landes –, da diese in den letzten Jahren zugenommen haben beziehungsweise immer länger andauern.

Der, gelinde gesagt, chaotische Abzug der NATO-Truppen aus Afghanistan lässt vermuten, dass die westlichen Alliierten die Taliban entweder massiv unterschätzt oder ihre rasche Machtergreifung billigend in Kauf genommen haben. In beiden Fällen geht es für die westlichen Alliierten nun darum, einen Umgang mit den Taliban zu finden: Ist es sinnvoll, mit ihnen zu verhandeln, sie als Machthaber anzuerkennen und sie im Kampf gegen den IS zu unterstützen? Der Fall Afghanistan verweist für Tappe Ortiz wieder einmal auf die Dringlichkeit der Frage, „wie Konflikte mit derart tiefen gesellschaftlichen Spannungen gelöst werden können“ (S. 36). Natürlich lasse sich dies nicht generell und niemals eindeutig beantworten, dennoch sei es Sinn und Aufgabe der Friedens- und Konfliktforschung, Muster und Strukturen zu erkennen, damit „Friedensprozesse weniger häufig scheitern“ (S. 41).

Zu diesem Zweck wertet die Autorin alle innerstaatlichen Konflikte zwischen 1989 und 2015 aus, bei denen mehr als 25 Personen in kämpferischen Auseinandersetzungen

starben.⁵ Dabei zeigt sich, dass Kampferfahrung und militärisches Training von Rebellenführern und Staatsoberhäuptern einen entscheidenden, allerdings gegensätzlichen Einfluss auf die Dauer des Konflikts haben. Wurden die Rebellenführer militärisch ausgebildet, dauerten die Konflikte länger, besaßen die Staatsoberhäupter Kampferfahrung, waren die Auseinandersetzungen in der Tendenz schneller beendet. Ersteres erklärt Tappe Ortiz damit, dass waffenerprobte Rebellenführer die militärische Stärke ihrer Truppe oft überschätzen und sich daher nicht so schnell auf Friedensverhandlungen einlassen. Ganz anders bei den Staatsoberhäuptern: Ihr praktisches Wissen ermöglicht es ihnen, „die Kosten und militärischen Sackgassen von Konflikten realistisch einschätzen zu können“ (S. 38), weshalb sie wesentlich häufiger und früher Friedensverträge unterschreiben als Staatsoberhäupter ohne Kampferfahrung.

Tappe Ortiz schließt daraus, dass es sich positiv auf Friedensverhandlungen auswirken könnte, wenn Führungspersonen mit militärischen Vorkenntnissen einbezogen würden, wobei unklar ist, ob sie sich hier auf Anführer:innen von paramilitärischen Gruppen, auf Regierungsvertreter:innen oder auf ganz andere einflussreiche Akteure bezieht. Unter Verwendung zahlreicher Konjunktive und mit Verweis auf allerlei Ausnahmen und Sonderfälle befürwortet der Artikel also die strategische Allianz des Westens mit den Taliban. Wer sich allerdings fragt, was das für die Menschen vor Ort bedeutet, dem sei dann doch Hackensbergers Aufsatz anempfohlen.

Endnoten

1. Sabrow erläutert seinen Punkt am Beispiel des thüringischen Kyffhäusers, den er als „Austragungsort eines zähen und anhaltenden Bemächtigungstreits zwischen dem Rechtspopulismus und einer demokratischen Werten verpflichteten Geschichtspolitik“ (S. 149) begreift.
2. Ihr Verständnis von Denkfiguren buchstabiert die Autorin in ihrem 2016 erschienen Buch *Ambivalenzen des Alltags. Neuorientierung für eine Theorie des Politischen* aus.
3. Bargetz zitiert hier (S. 31) aus der Karl Marx und Friedrich Engels zugeschriebenen *Deutschen Ideologie*: „Die gesellschaftliche Gliederung und der Staat gehen beständig aus dem Lebensprozeß bestimmter Individuen hervor; aber dieser Individuen, nicht wie sie in der eigenen oder fremden Vorstellung erscheinen mögen, sondern wie sie wirklich sind, d.h. wie sie wirken, materiell produzieren, also wie sie unter bestimmten materiellen und von ihrer Willkür unabhängigen Schranken, Voraussetzungen und Bedingungen tätig sind.“ Das Textkonvolut besteht allerdings aus einer Vielzahl an größtenteils unveröffentlichten Manuskripten, die zum einen auch von anderen Autoren stammen und die zum anderen von den verschiedenen Autoren nie in dieser Weise zusammengestellt wurden. Siehe hierzu Karl Marx / Friedrich Engels, *Deutsche Ideologie. Manuskripte und Drucke*, in: Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA2), Abt. I., Bd. 5, bearb. von Ulrich Pagel, Gerald Hubmann und Christine Weckwerth, hrsg. von der Internationalen Marx-Engels-Stiftung Amsterdam, Berlin/Boston 2017.
4. Henri Lefebvre, *Kritik des Alltagslebens. Grundrisse einer Soziologie der Alltäglichkeit*, Frankfurt am Main 1987, S. 482, hier zit. nach Bargetz, S. 38)
5. Für nähere Erläuterungen zur „Methode der Studie“ siehe S. 41.

Wibke Liebhart

Wibke Liebhart ist Soziologin. Sie arbeitet für das Hamburger Institut für Sozialforschung als Redakteurin der Zeitschrift *Mittelweg 36* sowie des Internetportals *Soziopolis*.

Dieser Beitrag wurde redaktionell betreut von Jens Bisky.

Artikel auf soziopolis.de:

<https://www.sozopolis.de/aufgelesen/januar2022.html>